

LINKE mahnt gemeinsame Verantwortung an

Die Diskussion um die Bettensteuer führt zu erheblichen Spannungen zwischen SPD und Grünen

von Thomas Feske

Dresden erhebt seit dem 1. Juli 2015 eine Beherbergungssteuer. In einer Erklärung des Tourismusverbandes Dresden e. V. vom 24. Oktober 2016 hatte sich die Mehrheit der Dresdner Hoteliers dafür ausgesprochen, die Höhe der Beherbergungssteuer zukünftig nach einem linearen Steuertarif zu ermitteln. Vor diesem Hintergrund hatte die Stadtverwaltung den Vorschlag eines einheitlichen Steuersatzes erarbeitet, einem 15tel des Übernachtungspreises – zur Abstimmung im Stadtrat am 17. August. Der Fraktion der Grünen waren diese 6,66 Prozent zu viel. Mit einem Änderungsantrag zur Vorlage der Stadtverwaltung wollten sie die Steuer auf 6 Prozent absenken – die Konsequenz: Ein Einnahmeausfall in Millionenhöhe, verbunden mit der Gefährdung der Finanzierung kultureller und sozialer Vorhaben.

Aus welchen Gründen DIE LINKE diese Senkung ablehnte, machte sie in der entsprechenden Stadtratssitzung im August mit zahlreichen Argumenten deutlich. Für Stadtrat Jens Matthis ist die Bettensteuer ein juristischer, finanzieller und politischer Erfolg von Rot-Grün-Rot, wie er in der Debatte veranschaulichte. „Im Unterschied zur zuvor präferierten Kurtaxe und auch entgegen allem, was prognostiziert wurde, hat diese Steuer alle juristischen Hürden genommen und wurde durch das Oberverwaltungsgericht bestätigt.“

Finanzbürgermeister Dr. Peter Lames konnte Steuereinnahmen aus der Erhebung der Beherbergungssteuer in Höhe von 9,2 Millionen Euro für das Jahr 2016 verkünden. Dies ist auch ein politischer Erfolg: Keine Dresdnerin und kein Dresdner wird durch die Bettensteuer belastet. Vergleicht man die zehn größten Tourismus-Städte Deutschlands, „Magic Cities“ genannt, so liegt Dresden sehr stabil seit langer Zeit an der 7. Stelle, preislich noch günstiger als die Stadt Leipzig. Die Rahmenbedingungen für den Tourismus sind in Dresden also weit günstiger als in vielen anderen Städten.“



Auch Touristen profitieren von zahlreichen Vergünstigungen und Vorteilen im Bereich der Kultur, dem Öffentlichen Nahverkehr und weiteren Leistungen, die aus der Dresdner Stadtkasse und damit durch alle Dresdnerinnen und Dresdner bezahlt werden. Die Beherbergungssteuer wurde eingeführt, um die Touristen an den Kosten für diese Leistungen und die vorhandene Infrastruktur zu beteiligen.

Diese Argumente ignorierend beschloss eine Mehrheit aus CDU, Grünen, FDP und AfD den Antrag der Grünen zur Senkung der Steuer. Die Debatte im Stadtrat wurde in der folgenden Berichterstattung dann durch einen Vorfall dominiert, der nach dieser Abstimmung erfolgte. In einer persönlichen Erklärung noch während der Sitzung freute sich SPD-Stadtrat Bösl über das Ende des „Kooperationstheaters“. Zudem ließen Äußerungen des SPD-Fraktionsvorsitzenden Christian Avenarius gegenüber den Medien Zweifel aufkommen, wie die SPD-Fraktion zur weiteren Zusammenarbeit mit Grünen und Linken steht. Stadträte von Grünen und SPD

sobanden sich in den folgenden Tagen öffentlich die Schuld für die Eskalation im Stadtrat zu - sehr zur Freude der Medien, die mehrfach in großen Beiträgen über diese Situation berichteten.

Die Fraktion DIE LINKE sah sich in der Pflicht, zu vermitteln und für eine Verständigung zwischen den Streitparteien einzutreten. LINKE-Fraktionsvorsitzender André Schollbach und LINKE-Stadtvorsitzender Jens Matthis mahnten in einer Erklärung die gemeinsam übernommene Verantwortung an und beriefen den Kooperationsausschuss ein.

Nach intensiver Diskussion verabschiedeten die Kooperationspartner schließlich eine gemeinsame Erklärung (siehe Kasten). Zu groß sind die mit Rot-Grün-Rot verbundenen politischen Chancen auf eine sozial gerechte, demokratische Veränderung unserer Stadtgesellschaft, als dass man diese achtlos wegwerfen sollte. Dass diese Erkenntnis letztlich auch bei den Kooperationspartnern der LINKEN wachsen konnte, bedurfte allerdings einiger Anstrengungen.

Gemeinsame Presseinformation

Am gestrigen Abend, dem 21. August 2017, ist der Kooperationsausschuss der Dresdner Stadtratskooperation von LINKEN, Bündnis 90/Grünen, SPD und Piraten im Rathaus zusammengetreten. Im Ergebnis erklären die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Treffens:

„Wir wollen den Fortbestand der Kooperation zwischen LINKEN, Bündnis90/Die Grünen, SPD und Piraten im Dresdner Stadtrat.“

Wir werden die beiden nächsten Jahre nutzen, um die vereinbarten Vorhaben dieser Kooperation zum Erfolg zu führen.

Zur Verbesserung unserer Zusammenarbeit werden wir für die aufgetretenen Probleme gemeinsame Lösungen suchen.

Außerdem wird im Oktober 2017 eine gemeinsame Sitzung der drei Fraktionen stattfinden.“

Jens Matthis, Vorsitzender Stadtverband DIE LINKE. Dresden
André Schollbach, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.

Achim Wesjohann, Vorsitzender Kreisverband Bündnis 90/ Die Grünen
Christiane Filius-Jehne, Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Thomas Löser, Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Richard Kaniewski, Vorsitzender SPD-Unterbezirk Dresden
Bettina Spies, stellv. Vorsitzende SPD-Unterbezirk Dresden
Christian Avenarius, Vorsitzender der SPD-Fraktion

Martin Schulte-Wissermann, Stadtrat Piraten Dresden

(K)ein Klimawandel ...?

von Dr. Margot Gaitzsch

Zur Stadtratssitzung am 17. August hatte die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen eine aktuelle Stunde unter dem Thema: Starkregen - Hitze - Hochwasser, wie reagiert die Stadt auf den Klimawandel? benatragt.

Ein aktuelles wie provokantes Thema. Viel zu breit für eine aktuelle Stunde. Warum? Ich stelle diesem Thema aus LINKER Sicht drei Prämissen voran.

1. Klimawandel und Energiewende sind zwei Seiten einer Medaille. Die Energiewende ist nicht zum Nulltarif zu haben.
2. Die Energieressourcen sind endlich. Wir müssen verantwortungsbewusst mit dieser Situation umgehen.

3. Unser Ziel muss es sein, den Bedarf an Energie zu senken.

Starkregen, Hitze und Hochwasser sind Indizien für den Klimawandel. Wir dürfen ihn nicht darauf reduzieren. Beschäftigt man sich mit diesen Extremereignissen genauer, wird schnell deutlich, wie viele Themen der Stadtpolitik dahinter stehen. Ich möchte heute die Vielfalt dieser Themen und deren Verflechtung deutlich machen.

Da ist zum einen das Stadtklima und zum zweiten der Hochwasserschutz. Beim Stadtklima findet sich natürlich das Stadtgrün: die Stadtwälder (z. B. die Dresdner Heide oder der Elbhag), Parks (als größtes Gebiet der Große Garten), die Wohn-Innenhöfe und Kleingärten, die Straßenbäume, das Straßengrün und die Grünzüge. Eine besondere Bedeutung kommt den großen Einzelbäumen zu. Zum Thema Stadtklima gehören natürlich ebenfalls die Bebauung und der Straßenverkehr.

Die Bebauung: Der Ansatz der LINKEN sind kompakte Städte. Keine Aufblähungen und Zersiedlungen am Stadtrand. Dabei darf aber das Grün in der



Der ÖPNV ist gut ausgebaut in Dresden, bei den Radwegen hapert es noch

Stadt, welches zur Luftverbesserung und zur Temperaturstabilisierung beiträgt, sowie die Erhaltung von Frischluftschneisen niemals vergessen werden. Deshalb hat DIE LINKE gegen die Bebauung der Innenhöfe an der Grunaer Straße gestimmt. Ein Weiteres zur den Parks und den grünen Innenhöfen: Sie sind nicht nur die grünen Lungen der Stadt sondern bieten auch Möglichkeiten für soziale Kontakte, sind Orte der Erholung und leisten einen Beitrag zur Artenvielfalt (Bienen, Singvögel, Insekten). Auch wenn Dresden als grüne Stadt gilt (60 % der Stadtfäche ist grün) - wirkliche Grünzüge - also Verbindungen von Grünflächen in der Stadt - gibt es kaum noch. Wir sind in der Verantwortung diese wieder herzustellen. Und: Auch wenn bei Neuversiegelung von Flächen immer Ersatzflächen zur Verfügung gestellt werden - diese

liegen meist am Stadtrand und können die „Ersatz“funktion kaum erfüllen.

Der Straßenverkehr: Dresden hat einen gut funktionierenden ÖPNV. Das Radwegenetz ist noch löchrig. Aber mit dem Radverkehrskonzept und dem Radwegewinterdienst sind wir bei diesem Thema endlich auf einem guten Weg. Bleiben auf der Belastungsseite der

Individualverkehr und der Schwerlastverkehr. Nicht nur, dass häufig nur eine Person im Auto sitzt - hier belastet auch der stehende Verkehr durch Versiegelung von Flächen und Verseuchung des Bodens. DIE LINKE tritt konsequent gegen Parken im Landschaftsschutzgebiet (nahe Körnerplatz und Schillerplatz) ein. Der Schwerlastverkehr ist ein städtisches wie bundesweites Thema. Durch entsprechende Verkehrsleitung wird ein Teil des Schwerlastverkehrs um die Stadt geleitet. Der Prozess der Verlagerung des Güterverkehrs von der Schiene auf die Straße muss gestoppt und umgekehrt werden. Bleibt der Fernbusverkehr: Auch wenn es Wirtschaftlichkeits-Statistiken glauben machen wollen: Der Reisebus ist nicht besser als die Bahn, auch wenn die Tickets durch die bessere Auslastung pro Quadratmeter preiswerter sind. Die Belastung mit Feinstaub, CO2 und Stickoxiden bleibt, der Diesel hat noch keinen Umweltpreis und die Belastung der Straßen wird überhaupt außen vor gelassen. Aktuell bewegt die Gemüter der Bau eines Fernbusbahnhofes. Natürlich ist die Situation auf der Bayerischen Straße unbefriedigend. Aber müssen wir die Fernbusse unbedingt in die Stadt holen indem ein Busbahnhof in der Nähe des Hauptbahnhofes gebaut wird? Ich denke nein. Wenn schon Busbahnhof, dann am Flughafen. Von da gibt es mit der S-Bahn eine hervorragende Anbindung in die Innenstadt - an verschiedene zentrale Orte. *Fortsetzung zum Thema Hochwasser in der nächsten Ausgabe.*



Foto: Johannes Gerstenberg / pixello.de

Die Einrichtung von Solaranlagen auf kommunalen Dächern wird nun in Dresden unterstützt: Der Stadtrat beschloss den interfraktionellen Antrag von Rot-Grün-Rot

Klimaschutzziele: Solardächer werden gefördert

Dresden ist seit einigen Jahren im Klimabündnis der Städte: Mit dem „Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept Dresden 2030“ hat sich die Stadt selbst Ziele zum Klimaschutz gesetzt. Deshalb soll nun der Ausbau der Photovoltaik zur Eigennutzung gefördert werden und durch Energie-Genossenschaften eine Kapitalaktivierung des realisierbaren Potentials erschlossen werden. DresdnerInnen, Unternehmen der Stadt Dresden und Investoren erhalten die Möglichkeit, selbst in die Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien wie Solarstrom und Solarwärme auf kommunalen Dächern zu investieren.

Aus der Stadtratssitzung am 17. August 2017

» Die Uni-Schule kommt. Heute hat der Stadtrat ihre Gründung in kommunaler Trägerschaft beschlossen. Das bedeutet längeres gemeinsames Lernen - ein Meilenstein in der Dresdner Bildungslandschaft. Besser noch: die Uni-Schule soll in Kooperation mit der 102. Grundschule und der 101. Oberschule in der Johannstadt ihre Arbeit aufnehmen und den dortigen Schulstandort stärken. Für Rot-Grün-Rot sprach der Rektor der TU Dresden **Hans Müller-Steinhagen**: „Es geht ganz klar



Uni-Schule

darum, dass wir dazu beitragen wollen, unsere Kinder besser zu unterstützen und zu fördern. Dresden würde sich damit an die Spitze der nationalen und wahrscheinlich auch internationalen Bildungsentwicklung setzen.“

Mit einem Newsletter informiert DIE LINKE. Fraktion gleich im Anschluss an die aktuelle Ratsitzung alle Interessenten per Mail über die wichtigsten Entscheidungen des Stadtrates:

www.linke-fraktion-dresden.de/presse/newsletter

» Der Erwerb der Villa Mary Wigman in der Bautzner Straße 107 wurde heute beschlossen. Zuvor hatte sich der Stadtrat mit rot-grün-roter Mehrheit für eine Nutzung des Gebäudes als Probenstätte der freien Szene in Tanz und Darstellender Kunst ausgesprochen, wie auch gegen eine Veräußerung an Dritte. Rot-Grün-Rot hat das Gebäude also für die Stadt gerettet, zuletzt aber stockte die Debatte um einen tatsächlichen Kauf. **Anja Apel**: „Seit vielen Jahren wird von allen Seiten bekundet,



Mary Wigman

wie wichtig es ist, das Mary-Wigman-Haus zu erwerben und schrittweise zu sanieren. Ich freue mich, dass wir uns einigen konnten und dadurch dauerhaft eine Nutzung des Hauses als Probenstätte für die freie Szene für Tanz und Darstellende Kunst ermöglichen.“

Hundesteuer: Pro und Kontra

von Manuela Sägner

Sie haben nur Katzen und keine Hunde? Dann können Sie getrost weiterblättern, denn warum es in Deutschland lediglich eine Hunde- und keine Katzen-, Hühner- oder Frettchensteuer gibt, kann ich auch nicht beantworten. Jedoch gilt für alle Tierhalter der § 1 des Tierschutzgesetzes. Wer ein Tier hält, betreut oder zu betreuen hat, muss es demnach mit Sachkenntnis art- und bedürfnisgerecht halten. Dazu gehören angemessene Ernährung und Pflege ebenso wie die verhaltensgerechte Unterbringung.

Doch zurück zu den gut 5,3 Mio. Hunden in Deutschland und damit zur Hundesteuer, die zu zahlen ist, wenn Hundehalter ihre Tiere zu nicht beruflichen Zwecken halten. Besitzer von Blindenhunden, Schutz- und Therapiehunden, Förster sowie Zoll und Polizei bleiben bei dieser Zwangsabgabe außen vor.

„Luxussteuer“, die auf den Hund gekommen ist

Von einem Dresdner Scharfrichter vorgeschlagen und vor 221 Jahren in England und 207 Jahren in Preußen eingeführt, wird die Hundesteuer hierzulande von den jeweiligen Kommunen festgelegt und als zusätzliche Einnahmequelle zum Ausgleich kommunaler Haushalte erhoben. Ordnungspolitisches Teilziel dieser Besteuerung als kommunale Lenkungsabgabe ist es, die Zahl der Hunde, insbesondere der für „gefähr-



Foto: Sylvia Voigt / pixelio.de

lich“ eingestuften Hunde, im Stadt- oder Gemeindegebiet zu begrenzen.

Die Hundesteuer ist nicht zweckgebunden und kann als sogenannte „Luxussteuer“ gelten.

Nur wenige Gemeinden wie Eschborn/Hessen erheben diese Zwangsabgabe nicht.

In Dresden, wo 2016 immerhin 12.640 Hundehalter registriert waren, beträgt die Steuer aktuell 108 EUR für den ersten Hund und 144 EUR für jeden weiteren. Damit kommt die Landeshauptstadt jährlich auf gut 1,3 Mio. Euro Hundesteuer.

Zweckbindung in der Diskussion

Wenn Kommunen auf diese Weise die Hand aufhalten, könnten sie die Hundesteuer auch zweckgebunden einsetzen. Was Kritiker seit Jahr und Tag fordern,

könnte in der Praxis so aussehen: Die Stadt könnte sich so um die Beseitigung der Hundehinterlassenschaften, das Auffüllen mit Beuteln in Hundetoiletten oder für die Einrichtung von Hundewiesen kümmern. Dennoch sollte man die Hundebesitzer und Gassi-Geher nicht aus der Pflicht entlassen: Hundehaufen sind Herrchensache – und sollten es auch bleiben. Schon aus ästhetischen und hygienischen Gründen bleibt dafür der Hundehalter verantwortlich. Anderenfalls drohen Bußgelder bis zu 1.000 EUR. Dies regelt bereits die Polizeiverordnung von Dresden.

Der Sinn einer kommunalen Lenkungsabgabe für einen ordnungspolitischen Zweck mag ebenfalls verständlich sein, denn nicht jede Person ist in der Lage, einen sogenannten „Kampfhund“ zu händeln. Dafür bedarf es einer besonderen Sachkenntnis, Befähigung und Erlaubnis. Andere Gemeinden nutzen für die ordnungspolitische Lenkung gestaffelte

Steuersätze. In Freital werden, z.B. für American Staffordshire Terrier, Bullterrier und Pitbull Terrier Steuern in Höhe von 480 bzw. 980 EUR für jeden weiteren „gefährlichen“ Hund fällig, während dort die reguläre Hundesteuer bei 60 EUR für den ersten Hund und 120 EUR für jeden weiteren liegt. Solche gestaffelten Steuern gibt es in Dresden nicht.

Hundehaltung wirklich immer Luxus?

Wenn Oma Inge (83), seit Jahren Witwe, sich einen Hund anschafft, ihre etwas korpulente Nachbarin durch einen Hund gezwungen wird, regelmäßig aus dem Haus zu gehen, und das behinderte Kind von gegenüber mit dem Tier erst so richtig auflebt, dann stellt sich spätestens hier die Frage: Ist Hundehaltung wirklich immer Luxus? Ja und nein. Ja – man muss sich das Geld für Futter, Pflege und Tierarzt leisten können. Nein – Hunde sind treue Weggefährten, schaffen Sozialkontakte, ersetzen in gewisser Weise Angehörige und sind oft für sozial schwächere Menschen eine Stütze. Hunde, das ist erwiesen, halten ihre Besitzer am Laufen; sind also gesundheitsfördernd.

Last but not least könnten auch Tierheime durch den Wegfall der Hundesteuer entlastet werden. Vielleicht würden sich so eher Tierliebhaber finden, die einem Hund ein neues Zuhause geben.

Selbsthilfegruppen in Dresden

Die soziale Komponente - was die Medizin nicht leisten kann

von Uwe Schaarschmidt

Hört man das Wort Selbsthilfegruppe, so verbindet man es wohl meist mit den Anonymen Alkoholikern oder mit Gesprächskreisen, in denen sich Übergewichtige Menschen über das Abnehmen austauschen. Beides ist auch nicht falsch - aber nur eben ein Bruchteil dessen, was Selbsthilfegruppen gesellschaftlich leisten. Per Eigendefinition sind Selbsthilfegruppen:

„freiwillige meist lose Zusammenschlüsse von Menschen, deren Aktivitäten sich auf die gemeinsame Bewältigung von Krankheiten, psychischen oder sozialen Problemen richten, von denen sie - entweder selbst oder als Angehörige - betroffen sind.“

Es geht also hier tatsächlich um die sozialpsychologische Komponente von Erkrankungen, Behinderungen und ihren Folgen, welche nicht selten Ausgrenzung und Vereinsamung bis hin zum völligen Rückzug vom gesellschaftlichen Leben sind.

82 registrierte Selbsthilfegruppen gibt es in der Landeshauptstadt Dresden, thematisch ist von Adipositas bis Zwangsstörungen so ziemlich alles dabei, was man sich unter schwer zu be-

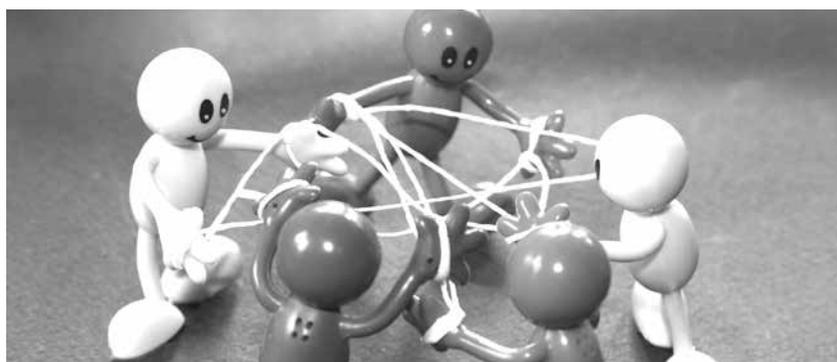


Foto: Stephanie Hofschlaeger / pixelio.de

wältigenden Problemen vorzustellen vermag. Seit Mitte 2017 vertrete ich den Dresdner Stadtrat als Mitglied im Förderkreis Selbsthilfe der Landeshauptstadt und habe mir in der Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen (KISS) auf der Ehrlichstraße einen Überblick verschafft, was die Selbsthilfegruppen, aber auch die nur drei Mitarbeiterinnen der beim Sozialamt angesiedelten Kontaktstelle leisten.

Diese befindet sich in einem Flügel des Elsa-Fenske-Pflegeheimes und verfügt neben dem Büro über zwei Treff- bzw. Seminarräume und eine Küche, welche den Dresdner Selbsthilfegruppen unentgeltlich zur Verfügung stehen. Natürlich können sich nicht alle Gruppen

dort treffen und aktiv sein, die meisten von ihnen verfügen über räumliche Möglichkeiten bei freien Trägern oder treffen sich in Privaträumen oder Gaststätten. Gefördert wird die ehrenamtliche Tätigkeit der Selbsthilfegruppen anteilig aus Mitteln des Freistaates, der Stadt Dresden und der Krankenkassen, wobei zu bemerken ist, dass die Höhe der Fördermittel eher bescheiden ist - im Durchschnitt etwa 300,- Euro jährlich. Da für die Überweisung von Fördermitteln immer ein Konto benötigt wird, ergibt sich ein Problem für viele der Selbsthilfegruppen, besonders für jene, die keine eigene Vereinsstruktur besitzen und gesonderte Privatkonten mit den entsprechenden Gebühren einrichten müssen. Jährliche Kontofüh-

rungsgebühren von bis zu 100,- Euro bei 300,- Euro Fördermitteln konterkarieren natürlich das ganze Anliegen erheblich

Um so wichtiger ist die Arbeit der Koordinationsstelle, welche die Gruppen bei Vernetzung, Beantragung von Fördermitteln und mit Informationsveranstaltungen unterstützt, sowie Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen organisiert, um über das Anliegen von Selbsthilfe und die Möglichkeiten vor Ort zu informieren.

Wer sich für die Arbeit der KISS und der Selbsthilfegruppen interessiert – oder auch selbst auf der Suche nach Hilfe und Unterstützung ist – sollte sich nicht scheuen, sich an die Kontaktstelle zu wenden - die überaus freundlichen Mitarbeiterinnen helfen gern weiter.

Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen (KISS)

Ehrlichstraße 3

01067 Dresden

Tel.: 0351 2061985

Mail: kiss-dresden@t-online.de

www.dresden.de/selbsthilfe

KOLUMNE

ganz
hinten
links

von Jens Matthis

Mitunter kann man angesichts der vielen Baustellen in Dresden den Überblick verlieren. Neues soll gebaut werden oder auch nicht, Altes abgerissen oder auch nicht, längst Verschwundenes wiederaufgebaut werden und so weiter und so fort. Die Operette ist jetzt im Kraftwerk, eine Schule soll vielleicht in die Operette Noch nicht entschieden ist, ob eine Galerie in die Kantine kommt, eine Kantine im Rathaus gibt es schon lange nicht mehr.

Alle haben Wünsche und Vorlieben. Die Sozialdemokraten möchten das Narrenhäusel zurück. Doch eigentlich wollen sie doch lieber ein neues Rathaus mit Kantine. Aber das eine schließt doch das andere nicht aus, ganz im Gegenteil.

Die Grünen wollen keinen Fernbusbahnhof am Flughafen, sondern einen mitten in die Stadt - damit die Dresdner täglich die großen Busse vor den Augen und in der Nase haben und das Diesel-Feinstaub-Problem nicht in Vergessenheit gerät.

Die CDU würde am liebsten gar nichts bauen, jedenfalls nicht solange Rot-Grün-Rot regiert. Und wenn doch, dann nur durch privaten Investoren oder wenigstens vierspurige Straßen. Die Gesellschaft Historischer Neumarkt bemerkt, dass dieser Barocksandkasten erschöpft ist und fällt jetzt über den Neustädter Markt her. Die AfD wiederum besteht auf dem Wiederaufbau des Palais eines unehelichen Sohnes August des Starken - na da kann noch einiges auf uns zu kommen.

Aber wenigstens Liberale und Linke wollen in diesem Durcheinander den Überblick behalten — deshalb ein Turm.

Nicht etwa der am Rathaus, seit fast zwanzig Jahren fest verschlossen. Nein, der Fernsehturm muss es sein, nicht nur weil er höher ist und von oben die kommunalen Probleme viel kleiner aussehen, sondern auch weil er nicht der Stadt gehört und die Höhenflüge so nicht durch Haushaltszahlen begrenzt werden müssen. Die anderen gucken etwas skeptisch hoch zum Turm, sei es nun aus Bodenhaftung oder nur aus Höhenangst. Aber: DIE LINKE ist noch größtenwahnsinniger: Neue Wohnungen will sie. Viele! Bezahlbare! Und auch noch schnell! In Dresden! Das kommt vom besseren Überblick.

jens.matthis@dielinke-dresden.de

Unterhaltsvorschuss

Mehr Gerechtigkeit für alleinerziehende Familien?

von Pia Barkow

In diesem Jahr sind rückwirkend zum 01. Juli 2017 neue Regelungen im Unterhaltsgesetz in Kraft getreten: Zahlen Ex-Partner keinen Unterhalt für Kinder, werden die Leistungen durch die Kommunen übernommen. Doch das Gesetz hat Lücken.

In Familien, in denen beide Eltern mit den Kindern in einem Haushalt leben, kommen sie gemeinsam für die Fürsorge und finanzielle Absicherung der Kinder auf. Wenn sich die Eltern trennen, muss die Fürsorge und auch die finanzielle Verantwortung für die Kinder aufgeteilt werden. Leben die Kinder je zur Hälfte bei dem einen wie bei dem anderen Elternteil, teilen sich die Eltern die Fürsorge wie auch die finanzielle Verantwortung. Wenn jedoch die Kinder überwiegend bei nur einem Elternteil leben – was in den allermeisten Familien der Fall ist: zu ca. 93 % leben die Kinder nach einer Trennung bei den Müttern –, ist der andere Elternteil zur Zahlung von Unterhalt verpflichtet.

Die Höhe der Unterhaltszahlungen richtet sich nach dem Nettoeinkommen des zahlungspflichtigen Elternteils sowie nach dem Alter des Kindes, wobei in vier Altersgruppen unterschieden wird.

Der Mindestbetrag liegt bei 246 Euro monatlich für Kinder im Alter von 0 bis 5 Jahren, bei 297 Euro für Kinder von 6 bis 12 Jahren und bei 364 Euro für Kinder von 12 bis 17 Jahren und 335 Euro für Kinder ab 18 Jahren (sofern sie noch in der Ausbildung sind). Den Mindestunterhalt zahlen Elternteile mit einem Nettoeinkommen von bis zu 1500 Euro, bei höherem Einkommen sind entsprechend höhere Unterhaltszahlungen fällig. Dem unterhaltspflichtigen Elternteil muss natürlich auch selbst genug zur Absicherung des eigenen Existenzminimums übrig bleiben. Unterhalt kann demnach nur verlangt werden, wenn mindestens 880 Euro (Erwerbslose) bzw. 1080 Euro (Erwerbstätige) für sich selbst im Monat verbleiben.

Nun ist es jedoch leider keine Seltenheit, dass der unterhaltspflichtige Elternteil nicht oder nicht in voller Höhe zahlt. Die ausbleibende Zahlung stellt für die Alleinerziehenden eine enorme Schwierigkeit dar und ist mit ein Grund dafür, dass das Armutsrisiko von Alleinerziehenden besonders hoch ist.



Kinder, die von einem Elternteil, bei dem sie nicht leben, keinen oder keinen regelmäßigen Unterhalt bekommen, können Unterhaltsvorschuss erhalten.

Um diese Lücke auszugleichen, wurde 1980 das Unterhaltsvorschussgesetz eingeführt, zum Ausgleich für notwendige, faktisch aber nicht fließende Unterhaltszahlungen für minderjährige Kinder. Wenn also der zahlungspflichtige Elternteil nicht oder zu wenig zahlt oder aber den Mindestbetrag nicht zahlen kann, da er/ sie sonst selbst unter das Existenzminimum rutscht, springt der Staat ein, zahlt die Leistungen an die Alleinerziehenden aus und versucht das Geld beim zahlungspflichtigen Elternteil wieder zu erlangen (was bei etwa einem Fünftel der Fälle gelingt). Von den bundesweit 2,3 Millionen Kindern alleinerziehender Eltern haben 2015 ca. 440.000 Kinder entsprechende Unterhaltsleistungen in Anspruch genommen.

Leider weist das Gesetz eine ganze Reihe von erheblichen Mängeln auf. So bekommt ein Kind diesen Unterhaltsvorschuss nur bis zu seinem 13. Geburtstag und auch nur für maximal sechs Jahre. Beide Begrenzungen erscheinen vollkommen willkürlich und führen an der Lebensrealität der alleinerziehenden Familien völlig vorbei.

Nun sind zum 1. Juli 2017 einige ganz entscheidende Veränderungen an den Regelungen vorgenommen worden: Die Begrenzungen der Bezugsdauer auf sechs Jahre wird ebenso aufgehoben wie die Altersgrenze von 12 Jahren. Das ist für die Betroffenen Familien eine große Erleichterung. Jedoch gibt es auch bei dieser, zunächst erfreulichen Verbesserung einen großen Haken – der entscheidende Punkt beim

Unterhaltsvorschussgesetz wurde nicht angefasst: die Anrechnung der Unterhaltsvorschussleistungen auf Sozialleistungen. Für all diejenigen Familien, die Hartz IV beziehen, ändert sich unterm Strich nichts. Denn die Unterhaltsleistungen werden nach wie vor auf die Hartz IV-Bezüge angerechnet, so dass das Haushaltseinkommen für die Familien am Ende das Gleiche bleiben wird.

Das bedeutet für nahezu die Hälfte der 13.000 Alleinerziehenden Familien in Dresden, dass sie keine Verbesserung spüren werden, da sie Hartz-IV beziehen. Oder umgekehrt: 87% der Kinder die Hartz-IV-Leistungen beziehen, haben auch Anspruch auf Unterhaltsvorschusszahlungen – leben also bei nur einem Elternteil. Das heißt Armut bei Kindern hängt ganz entscheidend davon ab, ob sie bei einem oder bei zwei Elternteilen leben.

Damit wird sich das grundlegende Problem nicht verändern: nämlich der Zusammenhang zwischen Armutsrisiko und der alleinigen Sorge für Kinder: in Deutschland ist das Armutsrisiko für Alleinerziehende nach der Gruppe von Erwerbslosen von allen Gruppen am größten. Da die Anrechnung von Unterhaltsvorschusszahlungen auf Sozialleistungen nicht aufgehoben wird, bleibt dieser Zusammenhang bestehen. Im Zuge der aktuellen Gesetzesänderung hätte die Chance bestanden, diese Ungerechtigkeit zu beseitigen, und damit ganz entscheidend gegen Kinderarmut vorzugehen – sie wurde aber leider vertan.

Wechsel im Ortsbeirat Plauen



Stafettenwechsel mit Sekt (v.l.n.r.): Jürgen Stäbener, Uwe Dolge, Anne Holowenko, Kristin Dänhardt, Gerold Wagner und Waldemar Peine

Foto: privat

Anne Holowenko und Kristin Dänhardt werden für die Ortsbeiräte Uwe Dolge und Waldemar Peine vom Ortsverband Plauen als neue Ortsbeirätinnen vorgeschlagen. Der Stadtrat entscheidet in seiner nächsten Sitzung. Unsere Fraktion bedankt sich sehr herzlich bei Uwe Dolge und Waldemar Peine für ihre jahrelange fachkundige Arbeit im Ortsbeirat in Plauen!

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. Thomas Feske
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe:
Thomas Feske, Manuela Sägener, Pia Barkow,
Uwe Schaaarschmidt,
André Schollbach
Fotos: pixelio.de, privat
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei